

Pressemitteilung, Trabelsdorf, 07.09.2026

Bayerische Bürgermeister warnen Bundesregierung vor Windkraft-Bremse

Am Donnerstag trafen sich im Energiepark Trabelsdorf im Landkreis Bamberg fränkische Bürgermeister und Bundestagsabgeordnete der CSU. Anlass war die Sorge, dass die anstehende Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und des Netzanschlusspakets das Aus für zahlreiche Windkraftprojekte in Bayern bedeuten können. Allein in Oberfranken sind Investitionen von 1 Milliarde Euro in Form von bis zu 100 neuen Anlagen gefährdet. Eingeladen hatte der Bürgermeister-Appell „Zusammen erfolgreich erneuerbar“.

Der Ausbau der Windkraft ist ein unerlässlicher Beitrag für das Gelingen der deutschen Energiewende. Der Ausbau in den süddeutschen Bundesländern ist dafür dringend notwendig. Bayern z.B. hat das Ziel ausgegeben, 1.000 neue Windräder bis 2030 ans Netz zu bringen. Nun schlagen Bürgermeister des Freistaats Alarm: *„Wir Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Bayern arbeiten an diesen Ausbauzielen tatkräftig mit. Viele Kommunen haben auf Bitten von Bund und Land Flächen ausgewiesen, Bürger beteiligt und Projekte entwickelt. Nun droht diesen Projekten kurz vor der Umsetzung die wirtschaftliche Grundlage entzogen zu werden und sich unsere Investitionen in Luft auflösen.“*, erläutert **Christian Porsch**, 1. Bürgermeister der oberfränkischen Gemeinde Speichersdorf und Sprecher des Appells [„Zusammen erfolgreich erneuerbar“](#).

Sollten die beiden Gesetzentwürfe im Oktober wie bisher vorliegend durchgehen, sind allein in Oberfranken 100 Windkraftanlagen gefährdet, so eine Schätzung der dortigen Energieagentur. Bei Kosten von 10 Millionen Euro pro Windrad, stehen hier also Gesamtinvestitionen von 1 Milliarde Euro auf dem Spiel – die mit dem Betrieb der Windräder verbundene Wertschöpfung noch nicht mit eingerechnet. In Zeiten knapper Kassen und steigender Sozialausgaben für Kommunen würde das herbe Einschnitte bei Einnahmen aus Gewerbesteuer, Zahlungen nach §6 EEG und in manchen Regionen auch bei Pachteinahmen bedeuten.

Bayerische Bürgermeister haben ihre Bundestagsabgeordneten bei einem Treffen aufgefordert, sich im Bundestag für Änderungen an EEG-Novelle und Netzanschlusspaket im Sinne der kommunalen Energiewende einzusetzen.

Der Ort für den Termin war bewusst gewählt: Der Energiepark Trabelsdorf im Landkreis Bamberg wird von Roland Lösel betrieben. Ein Pionier der Energiewende, der sich schon für Windkraft stark gemacht hat, als sie in Bayern noch verpönt war. Zwei Windräder stehen bereits, ein drittes ist geplant. Die Bundestagsabgeordneten Emmi Zeulner (Wahlkreis Kulmbach), Thomas Silberhorn (Wahlkreis Bamberg) und Artur Auernhammer (Wahlkreis Ansbach) haben intensiv mit zahlreichen CSU-Bürgermeistern, dem stellvertretenden Landrat von Haßberge Alexander Bergmann, Markus Ruckdeschel von der Energieagentur Oberfranken, Dr. Benjamin Gößlein von der Energie-Genossenschaft ÜZ Mainfranken und Erich Wust vom Projektentwickler Wust – Wind & Sonne intensiv über die drohenden Verschlechterungen diskutiert.

Die Bundestagsabgeordnete Emmi Zeulner (Wahlkreis Kulmbach) zeigte wie ihre beiden Kollegen Verständnis für die Belange der kommunalen Vertreter. In ihren Augen würden eine dezentrale Energiewende mit einem konsequenten Ausbau von Windenergie und Speichern kostenintensive Übertragungsleitungen reduzieren.

Thomas Silberhorn, Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Bamberg, verdeutlichte: *„Für den Ausbau der Windenergie brauchen wir faire Wettbewerbsbedingungen im Süden Deutschlands. Der Ertrag ist niedriger als im Norden, aber kurze Wege und kommunale Anlagen stärken die Versorgungssicherheit.“*

Matthias Krapp, CSU-Bürgermeister in Priesendorf, Standort des Energieparks, brachte es auf den Punkt: *„Wir haben geliefert, Projekte vorangetrieben und stehen nun kurz vor der Umsetzung. Es kann nicht sein, dass uns nun von der Bundespolitik der Stecker gezogen wird. Daher war der Austausch auf Augenhöhe mit unseren Bundestagsabgeordneten sehr wichtig. Es war zu spüren, dass unsere Anliegen angekommen sind und ich bin dankbar für das klare Bekenntnis für faire Wettbewerbsverhältnisse beim Windkraftausbau in Deutschland.“*

Die Kritik der rund 230 Bürgermeister, die sich dem Appell in den vergangenen Wochen angeschlossen haben, entzündet sich u.a. an der fehlenden sogenannten Südquote. Dahinter verbirgt sich ein gesondertes Kontingent an Windkraftleistung in den Ausschreibungen der Bundesnetzagentur, das garantiert in der Südregion ankommen soll. Das Problem: Projekte in den südlichen Schwachwindstandorten können in den Gebotsrunden nicht so günstig angeboten werden, wie das in Norddeutschland der Fall ist. *„Der Süden braucht die Windkraft in Ergänzung zur verbreiteten Photovoltaik – für unsere Versorgungssicherheit, unsere Wirtschaft und für kommunale Haushalte.“*, so **Appell-Sprecher Porsch**.

Über den Appell „Zusammen erfolgreich erneuerbar“

Mehr als 230 bayerische Bürgermeisterinnen und Bürgermeister setzen sich für bessere Rahmenbedingungen und politische Unterstützung für den beschleunigten Ausbau der Windkraft und des Stromnetzes in Bayern ein. Initiiert wurde der Appell von einer Gruppe von mehr Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern aus allen Regierungsbezirken Bayerns. Mehr Informationen zum Appell: www.erfolgreich-erneuerbar.bayern

Kontakt:

Christian Porsch, 1. Bürgermeister Speichersdorf, Sprecher

Tel: 0151 54723955

Mail: Christian.Porsch@speichersdorf.bayern.de